

Sperrfrist:
Montag, 26. April 2004
10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort



Jahresmedienkonferenz

Schwerpunkte der neuen Legislatur

Ueli Forster, Präsident von economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wachstumspotenzial nutzen

Wir sind uns wohl alle einig: die Schweiz muss ihr Wachstumspotenzial unbedingt besser ausnützen. Wachstum ist zwar nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles viel schwieriger. Bleibt der Kuchen wie er ist, oder schrumpft er sogar, kann den einen nur gegeben werden, was andern weggenommen wird. Wir würden in einem Nullsummenspiel untergehen. Nicht nur deshalb muss die Schweiz den Pfad zu nachhaltiger wirtschaftlicher Dynamik und Wohlstandssteigerung zurückfinden. Es sind vor allem zwei Gründe, weshalb wir uns vehement dafür einsetzen:

- Der erste liegt darin, dass die Unternehmen uns je länger desto eindringlicher darauf hinweisen, dass die Schweiz im globalen Standortwettbewerb in vielen Bereichen zurückfällt, ja dass gar eine Negativspirale droht. Die statistische Datenlage, welche sie auch in unserem Jahrbuch finden, bestätigt das ebenso wie die zahlreichen zur Zeit erhältlichen Studien Dritter.
- Der zweite Grund liegt darin, dass wir für wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen kämpfen, weil wir nur so unser immer akzentuierteres Demographieproblem lösen können, ohne dass die soziale Kohäsion – welche eine unserer Stärken ist – leidet.

Wachstumspolitische Schlüsselfaktoren

Konsequenterweise orientieren sich unsere Erwartungen an die neue Legislatur vor allem an denjenigen Einflussfaktoren, die das Wachstum in unserem Land bestimmen oder beeinflussen. Vier grosse Themenblöcke stehen dabei im Vordergrund:

1. Die Sanierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über eine Rückführung der Staatsquote, um wieder Bewegungsspielraum für zukunftsorientiertes staatliches Handeln zu erhalten;

2. die Etablierung eines leistungsfähigen Bildungs- und Forschungssystems mit effizienten Organisationsstrukturen, weil Humankapital in Verbindung mit Sachkapital die Basis für Innovationen und damit Wachstum und Beschäftigung ist;
3. die Schaffung offener, bestreitbarer Märkte, insbesondere bei den öffentlichen Monopolbetrieben (Post, Bahn, Energie, usw.), um der Hochpreisinsel Schweiz entgegenzuwirken;
4. die Abstimmung unserer sozialen Sicherungssysteme mit den volkswirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten.

Legislaturplanung braucht Prioritätensetzung

Alle diese Massnahmen müssen flankiert sein durch eine engagierte Deregulierungspolitik und Entbürokratisierung, um die Unternehmen – grosse und kleine – von administrativen Fesseln zu befreien. Ebenso braucht es einen verlässlichen und effizienten Rechtsrahmen mit möglichst grossem Freiraum für die Unternehmen.

Unter den Leitlinien und Zielen für die Legislaturplanung 2003-2007 spricht der Bundesrat diese Themenblöcke zwar direkt oder indirekt an. Leider verzichtet er aber auf eine Zielhierarchie. Alle neun Ziele in der bundesrätlichen Legislaturplanung sind gleichwertig. Nicht nur wird zwischen strategischen und operativen Zielen kein Unterschied gemacht, sondern der Zielkatalog enthält auch Banalitäten (gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken) oder Selbstverständlichkeiten (die internationale Verantwortung wahrnehmen). Selbst wenn die Landesregierung die wachstumspolitischen Herausforderungen anerkennt und verspricht, erhält man kaum den Eindruck, dass sie diese vernetzt angehen will und hier grossen Handlungsbedarf ortet.

Bundesrätliches Wachstumspaket zu unbestimmt

Ähnlich verhält es sich mit dem Wachstumspaket des Bundesrates vom 18. Februar 2002. Ohne Zweifel enthält es einige wichtige positive Ansätze zur Beseitigung von Rigiditäten auf den Gütermärkten (vor allem die Liberalisierung des Binnenmarktes und die weitere Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens). Daneben bleibt es aber in wichtigen Teilen unbestimmt (Agrarpolitik, Service public, Bildungs- und Forschungspolitik, Staatsaufgaben). Mit der Einführung einer Beteiligungsgewinnsteuer schlägt der Bundesrat sogar eine neue, investitionshemmende und damit wachstumsschädliche Massnahme vor. Insgesamt sieht es deshalb nicht nach einem ökonomischen Befreiungsschlag aus.

So wie bisher fortzufahren würde bedeuten, die Schweiz dauerhaft vom Wachstum abzukoppeln. Wenn Wirtschaftspolitik zu einem guten Teil aus Psychologie besteht im Sinne von Überzeugen können, Optimismus verbreiten und Zuversicht geben, muss der Bundesrat deutlichere Zeichen setzen, wenn seine Ankündigungen und Versprechen eine positive erwartungsbildende Kraft ausüben sollen.

Für Unternehmer, Manager und vor allem für junge, hoffnungsvolle Menschen zählen aber nicht Analysen, sondern nur die Fakten wirtschaftlicher und politischer Realität.

Wenn wir indessen alle in jüngster Zeit erschienen Berichte studieren, sind wir laufend mit Analysen und Zielen konfrontiert, die wir wohl unterstützen, welche aber zumeist den Mangel haben, dass später keine oder nur eine ungenügende Umsetzung erfolgt, weil diese im Kampf der Interessengruppen frühzeitig untergeht oder weil sich die Ziele so widersprechen, sodass sich deren Wirkung in der Umsetzung zum vorneherin aufhebt, oder Einzelaspekte überhöht oder verzerrt dargestellt werden, was Reformen zum vornherein verunmöglicht. „Von der Analyse zur Paralyse“ sind wir oft versucht, konsterniert festzustellen.

Was nicht so gut ist, genügt nicht mehr im globalen Wettbewerb

Wenn wir uns so stark und intensiv mit den Legislaturzielen und der Wachstumspolitik des Bundesrates auseinandersetzen, tun wir dies in erster Linie aus Sorge um den Wirtschaftsplatz Schweiz. Wir glauben an dessen Potential und setzen uns deshalb auch mit aller Kraft dafür ein. So wie die Unternehmen für die Behauptung ihrer Wettbewerbsfähigkeit erstklassige Produkte und Dienstleistungen anbieten müssen, muss sich im internationalen Standortwettbewerb auch der Staat anstrengen. Es genügt nicht mehr, sich einfach nur mit guten Rahmenbedingungen zu bescheiden. Was nicht so gut ist, wie es sein könnte, genügt heute im globalen Wettbewerb nicht mehr. Die Schweiz büsst allein schon durch finanz- und steuerpolitisches Nichtstun gegenüber dynamischeren Ländern an Standortqualität ein.

Chance am 16. Mai 2004

Ich erwähne dies vor allem im Hinblick auf den 16. Mai 2004, an dem es um das Steuerpaket geht. Wir setzen uns dafür mit aller Kraft ein, obwohl - mit Ausnahme der Stärkung des Finanzplatzes durch den Verzicht auf die Stempelabgabe für ausländische institutionelle Anleger und Schweizer Anlagefonds - nicht in erster Linie wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen. Wir sind jedoch überzeugt, dass die Beseitigung der Diskriminierung von verheirateten Personen, die Familienförderung bzw. die Förderung der Erwerbstätigkeit der Frauen und die Stärkung des Wohneigentums letztlich auch der Stärkung unserer Volkswirtschaft dienen und damit allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zugute kommen.

Das Steuerpaket ist nicht ein Wachstumspaket, aber es hat positive wachstumspolitische Auswirkungen. Mit der Annahme des Steuerpakets wird der negative Trend der seit Jahren steigenden Steuern, Abgaben und Gebühren, gebrochen. Dies würde positive Zukunftserwartungen bei Haushalten und Investoren schaffen, was insofern wichtig ist, als bekanntermassen viele ökonomische Variablen erwartungsbestimmt sind. Denn das Steuerpaket ist einer der Bausteine im Umbau zu einem wachstums- und wirtschaftsfreundlichen Steuersystem. Unser Land folgt damit lediglich anderen Staaten, welche damit ihrer Wirtschaft entscheidende Impulse gaben und geben.

Wirtschaft unterstützt parallelen Verhandlungsansatz

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein Wort zu den laufenden bilateralen Verhandlungen mit der EU. Unsere Beziehungen zur Gemeinschaft werden mit deren Wachstum immer wichtiger, so wie wir tendenziell für sie weniger wichtig werden. So wie wir

der Meinung sind, dass unser Handlungsspielraum gegenüber den Rest der Welt handelspolitisch intakt ist, sind wir der Auffassung, dass wir auch gegenüber der EU unseren Handlungsspielraum nutzen sollten. Die Wirtschaft steht deshalb hinter dem parallelen Verhandlungsansatz des Bundesrates und unterstützt diesen mit Nachdruck. Wir halten den bilateralen Weg für die zurzeit beste Option, um die vertraglichen Beziehungen mit der EU gezielt auszuweiten und zu vertiefen. Da die Verhandlungen in einer entscheidenden Phase stehen, braucht es zwischen dem Bundesrat und den wichtigen Kräften unseres Landes eine *unité de doctrine*. Von daher ist es unverständlich, um nicht zu sagen unverantwortlich, wenn die Kantone in diesem heiklen Stadium ihre eigenen europapolitischen Überlegungen glauben einbringen zu müssen, gleichzeitig aber dem Bund beim Steuerpaket Einmischung in kantonale Souveränitäten vorwerfen.

26. April 2004